

Verlagspreis: 32723 - Verlagsstelle 32722
Postfachkonto: Dresden Nr. 14797

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden, A. 16, Goldschmidtstr. 40

Sächsische Volkszeitung

Die Sächsische Volkszeitung erscheint zweimal wöchentlich, am Samstag durch die Post 100 M. Am Montag durch die Post 100 M. Die Einzelnummer 25 M. Die Sächsische Volkszeitung erscheint zweimal wöchentlich, am Samstag durch die Post 100 M. Am Montag durch die Post 100 M. Die Einzelnummer 25 M.

Tageschau

Poincaré erzielte nach seinem Rechenschaftsbericht über die Londoner Konferenz in der Deputiertenkammer ein Vertrauensvotum.

George weist in einem Artikel darauf hin, daß er, obwohl ein Freund Frankreichs, doch die gegenwärtige französische Regierung nicht billigt und erbietet sich, Beweise zu liefern, daß Marshall Joch besonders den Rhein für Frankreich beanspruche.

Die amerikanischen Großbanken zeigen sich einer großen internationalen Antike für Deutschland geneigt. Die politischen Kreise Amerikas fordern erneut Frankreich zur Aufgabe seiner Gewaltpolitik auf.

Der internationale Weltfriedenskongress im Haag brach sich entschieden gegen eine Besetzung des Ruhrgebietes aus.

Auf Grund des Befehls zum Schutze der Republik sind in Thüringen der Deutsche Volksbund und die Deutschsozialistische Partei verboten worden.

Krankheits Symptome!

Es ist ein trauriges Geschick, ausgeplündert und von fanatischen Händen gemißhandelt, als Peitler, ja als der edelste Verbrecher dabinzusehen zu müssen, der nie und nirgends Gerechtigkeit und Ehre finden kann. Es gebietet ein großes Gottvertrauen dazu, auch in dieser bittersten Wälfert und in diesem furchtbaren Völkergewalt die weiße und gerechte Hand des Unendlichen zu sehen — und zum weitesten arbeitsreichen Teil zu Gott für unsere Welt heute tot und verachtet. Die ewige Vererbung mit der Welt der Besetzung des Ruhrgebietes, mit der Wüsten der Rheinlande tut weh! Die Geißel der Weltkrisen in Paris und London tut weh! Die täglich neue Sorge: Was werden wir essen, womit werden wir uns bekleiden? tut bitter weh! Es ist eine eigenartige Krankheit, an der die Staaten des 20. Jahrhunderts leiden müssen. Das Geld war und ist noch der Gott unserer Zeit, am Gelde tritt diese Ausbreitung auch zunächst in Erscheinung, die man häufig Papierfurcht nennen könnte, die dem fiedigen Volkstypen den letzten Rest von Kraft und Lebensmut nimmt und seinen Verfall herbeiführt. Die Papiermassen, die man Geld nennt, wachsen ins Unermessliche. Bekannte sich doch dieser Tage eine der kleinen Anträge im Reichstage über die zu kleinen Wertbeträge der Wechselstempelmarken. Der Interpellant führte an, er habe kürzlich in Hamburg einen Wechsel über 21 000 englische Pfund gesehen, der mit den für das Aufheben der Steuermarken notwendigen Altonen hat (genau 6,78 Meter). Eine nette Parifatur!

Und doch weiß jeder, daß dies nicht unsere einzige Krankheit ist. Ebenfalls vergiftet wie die Wirtschaft unseres Volkes ist seine Moral, und damit das ganze politische Leben. Es tut auch weh, wenn zu dieser Not des weltlichen Daseins im eigenen Lande noch Feindschaft, Haß und Verflämmerung der heiligsten Rechte einzelner Volksschichten kommt, die nach dem Geiste der Massen keine Verlässlichkeit zu erheben haben. Das nennt man deutschen Parlamentarismus, der uns in unserer bebauerndsten Lage gerade noch fehlt. Ist es nicht schon so weit, besonders hier in Sachsen, daß nur noch die Mehrheit ausschlaggebend ist, mag sie auch noch so gering sein, daß diese Mehrheit selbstherrlich über die Fernmacht gebietet? Was ist Diktatur anderes? Wir haben es bereits im Kampfe um unsere katholische Schule erfahren, was es heißt, parlamentarisch regiert zu werden. Die Masse steigt, eine falsche Maschine tritt in Funktion und wird unmäßig. Aber sie hat keine Seele; es ist eine Tyrannei ohne Autokratie, die schlimmste von allen. Das Volk heißt, scheint man ja bei uns längst nicht mehr zu wissen. Demokratie ist keine Demokratie; Volk ist auch nicht die Masse, nicht der Wähler mit dem Stimmzettel, auch nicht die Arbeiterpartei oder eine andere Partei, man sie nun herrschend sein oder nicht. Volk ist immer nur in dem Bewußtsein zu Welt vorhanden, der die heiligsten Ordnungen aufrichtet in Glauben und Rechtschaffenheit. Heute ist nur die seelenlose Masse geblieben, die sich erhebt, über geistige Strömungen und Kräfte ihre Herrschaft aufzurichten. Und dennoch, politische Machtlosigkeit, Not- und Hilflosigkeit ist die Signatur unserer Tage, und das vielleicht weniger deshalb, weil es an Führern fehlt, sondern vielmehr, weil es an Leuten fehlt, die geführt werden wollen.

Was ist Demokratie? Was ist Parlamentarismus? Wussten wir, um das zu erfahren, in Thüringen oder Sachsen in die Schule gehen? Aber selbst über diese Vorbilder der Regierungskunst für das Volk und durch das Volk hinaus hat man zur Genüge dafür gesorgt, dem deutschen Volke die neue Freiheit und das parlamentarische Bild mit allen Mitteln zu verfehlen. Sie sprechen von Demokratie und

Bonar Law's Antwort

Berlin, 14. Dez. Reichskanzler Dr. Cuno erhielt auf die der Londoner Konferenz unterbreiteten schriftlichen Vorschläge eine Antwort des englischen Ministerpräsidenten Bonar Law, worin dieser behauptet, daß die Vorschläge Cuno's, die von den alliierten Ministerpräsidenten in Betracht gezogen wurden, keine Lösung in der Reparationsfrage gebracht hätten.

Keine Besetzung des Ruhrgebietes

Paris, 13. Dezember. Ueber die Unterredung zwischen Millerand und Poincaré verläutet, daß die beiden Staatsmänner sich wider Erwarten einigten konnten, und den Verzicht auf die Besetzung des Ruhrgebietes beschlossen haben. Poincaré empfing nach seinem Besuche bei Millerand die französischen Pressevertreter und erklärte ihnen u. a., daß er mit keiner Person weder privat noch öffentlich von einer event. Besetzung des Ruhrgebietes gesprochen habe. Alles, was über eine französische Forderung dieser Art veröffentlicht worden sei, sei reine Phantasie.

Poincaré äußert sich über London

Paris, 13. Dez. Poincaré erklärte Pressevertretern, daß die Unterredung in London sich durch ein völliges gegenseitiges Vertrauen ausgezeichnet habe. Er habe sich auf kein Pfand festgelegt. Er werde solche Entscheidungen treffen, daß keine weiteren Soldaten dazu nötig seien.

Poincaré droht weiter

Paris, 15. Dez. Poincaré gab gestern einigen Journalisten Erklärungen über die Londoner Verhandlungen, aus denen folgender Satz hervorzuhellen ist: Die Zeit der leeren Drohungen ist vorbei, wir sind entschlossen zu handeln, und selbst wenn die Reparationskommission ein neues Memorium für Deutschland beschreiben würde.

Poincarés Bericht an den Ministerrat

Paris, 12. Dez. Unter dem Vorsitz Millerands hat im Laufe ein Ministerrat stattgefunden, in dem Poincaré seine Ministerkollegen über den Gang der Verhandlungen in London und über die Befehrlungen in London unterrichtet hat.

Amerika bleibt der Pariser Konferenz fern

Washington, 15. Dez. An der Konferenz am 2. Januar wird Amerika nicht teilnehmen. Wie dazu erklärt wurde, hatte der Präsident keine Vollmacht, über die Annulierung der europäischen Schulden in Amerika zu verhandeln. Ein solcher Beschluß müßte dem Kongress unterbreitet werden. Bis zum 2. Januar wäre es aber nicht möglich, vom Kongress eine Abstimmung über die Schuldentilgung zu erlangen.

Amerika und die Reparationsfrage

Paris, 15. Dez. Nach einer Havardmeldung aus Washington wurde im Welchen Hause erklärt, die amerikanische Regierung betrachte die Reparationsfrage als eines der akuten Probleme, denen Europa gegenüber stehe. Die Vereinigten Staaten beschließen sich mit dieser Frage. Ihr Interesse erhebe sich auch noch auf andere europäische Probleme, hinsichtlich deren die Washingtoner Regierung nicht untätig geblieben ist.

Bonar Law gegen Gewaltpolitik

London, 15. Dezember. Außer Lord Grey, der im Oberhause für eine schnelle Lösung der Reparationsfrage eintrat, erklärte der englische Premierminister Bonar Law, daß nach seinen Informationen Deutschland dem Aufkommen der neuen Welt nicht widerstehe. Er hoffe, daß Frankreich und England in der Aufrechterhaltung eines gemeinsamen Vorgehens wären.

meinen ihre Partei, sie hielten sich als Hüter des Volkswohles auf, verstehen unter Volk aber nur jene Klassen, die um den Fall Gulenspiegel kämpfen. Dieser wie Farbe Klassenantagonistische Stimmung und dessen Rente kommunistische Phantasie bedeuten. Das post in so recht in das neue Rathaus der Welt! Die Reichsverfassung besagt ja war im Artikel 11, die Abgeordneten seien Vertreter des ganzen Volkes, sie seien nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden! In der Wirklichkeit jedoch steht es etwas anders aus! Gerade das macht unser parlamentarisches System so lächerlich, daß in überwältigender Mehrheit nicht die Mehrheit und die Heberzeugung der Volkvertreter den Ausschlag geben, sondern daß eigenartigerweise in unseren Parlamenten die Masse herrschen. Bei jeder Gelegenheit kann man diese Erklärung machen und manche der Rednerinnen und Redner sind überhaupt nur als Konzeptionen zu diesen geheimnisvollen Massenwillens zu verstehen. Oder was könnte denn die Sozialdemokratie im Reiche davon zurückzahlen, die immer und immer wieder verlangte große Koalition in die Tat umzusetzen, wenn es nicht das ewige Schielen nach den Wählermassen wäre.

Das ist das Krankhafte an unseren politischen Zuständen, daß man sich heute zum größten Teile nicht nach oben, nach den Sternen der Vernunft orientiert, wie es Kant hat, sondern daß man sich keine Orientierung zu finden, aus den Massen und noch dazu heute von den auch Demagogen aller Art irreführenden Massen holt. Ist das der Sinn der Demokratie? Dann wäre sie der Anfang vom Ende. Täuschen wir uns doch nicht über diese Diktatur der Massen, diese Herrschaft der Massen über Vernunft und Vernunft. Wir haben heute mehr Diktatur, als wir überhaupt nötig haben, aber eine Diktatur des materialistischen Massenwillens, der die letzten Reste wahrer Kultur zu vernichten droht. Darum ist es heute so schwer, zu regieren — das sei zugegeben. —, weil man die Massen jahrelang aufzueigelt hat. Darum sitzen sie heute da, von Volkes Gnade Regenten und Minister, mit schlotternden Knien und pochendem Herzen, aus Angst vor dem „geliebten Volke“ lieber die Verantwortung tragend, als dem Volke einen Wunsch abzuschlagen, dessen Wahnwitz dem einfältigsten Menschen einleuchten muß. Und man läßt sich nicht, eine ganz ähnliche Verfassung unserer Demokratie ist auch auf der rechten zu finden. Lieber läßt man dort nicht ebenso um die Gunst der Massen? Stellt man nicht vorzüglich nach diesen Motiven des Stimmensanges die Parteiprogramme auf? Legt man nicht jedes Wort, das man vor der Öffentlichkeit spricht, auf die Goldwaage der Taktik? Ist das etwas anderes als Orientierung nach der Masse? Und dann zieht man gegen andere Parteien zu Felde und wirft ihnen Verleumdung der Grundzüge vor. Diese Verdrängung der Tatsachen kann nicht genügend gebremst werden. Die Zentrumspartei kann als die einzige Partei in diesem Wahrenhaufe des Parlamentarismus die Anerkennung in Anspruch nehmen, daß sie sich während der letzten Amtsjahre niemals in ihrer Politik nach den Massen, die hinter ihr stehen, orientiert hat, sondern daß sie höhere Grundzüge und höhere Ziele für die Zentrumspolitik maßgebend gemacht sind. Das ist der tiefere Sinn des viel gütigen Erbvertrages Wortes: Erst das Vaterland und dann die Partei, wenn auch die Partei darüber zugrunde geht!

Das Schimpfen über Parlamentarismus und die politische Unfähigkeit ist es nicht! Ein sonderbarer Arg, der durch Schimpfen über die Krankheit helfen will. Man sollte vielmehr dafür sorgen, daß man nicht der gleichen Massenverdrängung verfällt, die auf der einen solche Kräfte zeitigt. Die Wahrheit ist es, die sich ihre Anhänger sammelt und nicht umkehrt!

Deutsches Reich

Fürsorge für die Schwerbeschädigten

Im sozialpolitischen Ausmaß des Reichstages wurde die Unterbringung für Invalidenunterstützung erhöht und ein Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter ohne große Änderung angenommen. Bei jeder Hauptberufung und bei der Arbeitsbeschäftigung werden Schwerbeschädigten-Ausschüsse gebildet, in denen außer Schwerbeschädigten Arbeitnehmern auch Arbeitgeber und Vertreter der Gewerkschaft und der Berufsvereine teilnehmen.

Ein Staatspräsident für Bayern

München, 14. Dezember. Der bayerische Landtag nahm mit 15 Stimmen der Bayerischen Volkspartei und der Mittelpartei gegen 13 Stimmen der bayerischen Sozialisten den Antrag der Bayerischen Volkspartei auf Aufhebung eines eigenen Staatspräsidenten an. Ein Wahlgesetz, der Staatspräsident sei vom Volke zu wählen, werde ebenfalls angenommen.

Vom Harden-Prozess

Berlin, 15. Dezember. Die beiden Attentäter Grenz und Weisbart, die bei einem Mordfall auf Maximilian Harden in Berlin schwer verletzt, wurden gestern zu 4 Jahren 9 Monaten Leichter zu 2 Jahren 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird eine Interpellation wegen des Ausgangs des Prozesses einbringen.

Aus dem Ausland

Rückkehr Clemenceaus

Newark, 14. Dez. Clemenceau hat seine Rückkehr für französische Ideen, bei der er jedoch in Amerika nur auf lächerliche Zurückhaltung stieß, beendet und hat sich wieder auf die Reise nach Frankreich begeben.

Eröffnung des internationalen Gewerkschaftskongresses

Paris, 14. Dez. Der internationale Gewerkschaftskongress ist eröffnet worden. Das Gelingen des Tages war die Rede des russischen Abgeordneten Kusowitsch, der den heiligen Krieg gegen die Bourgeoisie entzünden wollte. Der französische Abgeordnete du Roussin trat ihm energisch entgegen und antwortete, daß die französische Partei immer sehr gut mit den russischen Arbeitern zusammengearbeitet habe. Nach Kusowitsch sprach der Deutsche Großmann. Er führte u. a. aus: Wir sind bumm genug gewesen, mit den Kommunisten ausjünglich gemeinsame Sache zu machen. Wir sind dabei aber wenig glücklich gewesen. In der Nachmittagsitzung eröffnet Adolb das Wort und äußerte sich im gleichen Sinne wie Kusowitsch. Diesmal antwortete der Belgier Sonderbeide, der betonte, daß das bolschewistische Regime eine unerträgliche Diktatur darstelle.

Franke Schokolade 2011
Büchse für Qualität
Dresden, A., Prießnitzstraße 44-48